Nummer 522

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Freitag, 7. November 1930

Erwünschte Offenheit.

Die französische Deputiertenkammer hat gestern einen dramatisch-bewegten Tag gehabt. Es wurde alles geboten, was man von einem Theater verlangen kann: spannende Debatten auf der Bühne, ein Held, der mit feurigen Gesten, wallenden Locken und wilden Worten das Publikum zu heftigen Beifallsstürmen hinriß. Dazu eine solenne Prügelei am Eingang des Saales, über die der Pariser Korrespondent des „Vorwärts" plastisch berichtet, der Abgeordnete Aymard habe von dem linkssozialistischen Redakteur Lange eine so kräftige Ohrfeige bekommen, daß er im hohen Bogen rücklings durch das Fenster in den Garten geflogen sei. Mehr kann man nicht verlangen, besonders wenn man bedenkt, daß die Herren französischen Deputierten zu diesem Theater freien Eintritt hatten. Der sensationelle Einschlag dieser Aufführung wurde schön ergänzt durch eine bekömmliche Dosis von nationalistischem Pathos, das der Heldendarsteller Franklin-Bouillon zu größter Wirkung steigerte, indem er dem begeistert-empörten Hause den deutschen Befreiungskaiser zeigte, auf dem das Wort Ernst Moritz Arndts geprägt steht: „Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze".

Sachlich ist zu der Kammerrede des Herrn Franklin-Bouillon, der jahrelang als Salonsozialist auf den Genfer Abrüstungsverhandlungen den französischen Chauvinismus mit bester Manier und stärkstem Erfolg vertreten hat, nicht viel zu sagen. Die Rede war ein Konglomerat allen Unsinns, den Frankreich in den letzten zehn Jahren rednerisch gegen den waffenlosen deutschen Wehrwillen sich geleistet hat. Daß der Exponent des französischen Rüstungsfanatismus gerade in diesem Augenblick diese Rede hielt mit der Forderung, Deutschland müsse seine Heeresausgaben einschränken, und mit der Unverschämtheit, Deutschland habe seit zehn Jahren Verschwendung getrieben, um seiner Zahlungspflicht zu entgehen, daß Franklin-Bouillon gerade jetzt unter dem Beifall der französischen Kammer Frankreichs Westgrenze und die Grenzen Polens als durch Deutschland physisch bedroht hinstellt — dieses Zeitliche der Rede hielt eine französische Demonstration aus Anlaß der Genfer „vorbereitenden" Abrüstungskonferenz dar. Die Rede soll ein Fanal für die Welt und die anderen Genfer Kontrahenten, eine Rückgratstärkung für die französischen Delegierten in Genf sein. Die Rede soll denen, die es angeht, sagen, daß es nach Frankreichs Auffassung widersinnig ist, die endgültige Abrüstungskonferenz einzuberufen, da Frankreich entschlossen ist, von seiner Aufrüstungspolitik im allgemeinen und von seiner Thrannenpolitik gegenüber Deutschland im besonderen keinen Millimeter zurückzuweichen. Der stürmische Beifall, den die riesige Mehrheit der Kammer dem Redner zollte, war die bewußt gegebene Antwort an Einsprüner, wie Herrio.

Franklin-Bouillon und die französische Kammer haben uns reinen Wein eingeschenkt. Sie erklären uns, daß es nach ihrer Auffassung kindisch ist, die seit einigen Wochen schwebende Aussprache über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Annäherung fortzusetzen. Es geht nichts über Klarheit in der Politik. Wir müssen dankbar anerkennen, daß der Sturm der gestrigen Kammersitzung Luftballons, die in Deutschland Kinderhände hatten aufsteigen lassen, wegblies und die wünschenswerte Klarheit wieder schuf.

Dr. J.

Landtagsauflösung in Thüringen unvermeidlich?

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei.

TU **Weimar**, 7. November.

Im Thüringer Landtagsplenum erklärte sich am Freitag bei der Beratung des kommunistischen Antrages auf Auflösung des Landtages sowohl der Vertreter der Landbundpartei als auch der der Wirtschaftspartei gegen Neuwahlen und sagten Unterstützung des Vertrauensantrages der Nationalsozialisten für die Gesamtregierung zu. Auch die Deutsche Volkspartei, auf deren Haltung zum Vertrauensvotum es jetzt ankommt, wandte sich gegen Neuwahlen, da sie im gegenwärtigen Zeitpunkt unverantwortlich seien. Nach Auffassung der Volkspartei habe der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten nur demonstrativen Charakter und keine verfassungsrechtliche Wirkung, da die Thüringer Landesverfassung nur Mißtrauensanträge, aber keine Vertrauensvoten kenne. Die Volksparteibeantragte, über den Vertrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. In der Ablehnung des Auflösungsantrages liege für sie das klare Bekenntnis zu dem ernsten Willen, mit der gegenwärtigen Regierung auch weiterhin zusammenzuarbeiten.

Die Nationalsozialisten bestehen jedoch nach wie vor auf Behandlung des Vertrauensantrages und erklären, daß ein Uebergang zur Tagesordnung eine Auflösung des Landtages bedeuten würde. Die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Landtages wird am Dienstag nächster Woche fallen.

— **Rundfunk und Parteifeiern.** Wie das Reichsinnenministerium mitteilt, hat der Rundfunküberwachungsausschuß sowohl einen Antrag auf Rundfunkübertragung einer Revolutionsfeier des sozialistischen Arbeiterbundes wie auch einen nationalsozialistischen Antrag auf Uebertragung einer Langemark-Totengedenkfeier abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß es sich um parteimäßige Veranstaltungen handle.

Die Schiedskammer tagt.

Neue Metallverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Die Parteien vor dem Schiedsgericht.

Schiedsspruch am Sonnabend zu erwarten.

Im Reichsarbeitsministerium begannen heute vormittag um 11 Uhr vor dem Schiedsgericht, dem der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Vorsitzender und Reichsminister a. D. Oberbürgermeister Dr. Jarres und Professor Sinzheimer als Beisitzer angehören, die neuen Lohnverhandlungen, durch die der Konflikt der Berliner Metallindustrie auf Grund der zwischen den Parteien bei den früheren Verhandlungen getroffenen Vereinbarung endgültig beigelegt werden soll. Die Arbeitgeber wurden u. a. wieder durch Geheimrat Ernst v. Borsig, Generaldirektor Dr. Kötigen, A.-A. Dr. Oppenheimer vom B. B. M. J., Dr. Lus vom Gesamtverband der Metallindustriellen und Generaldirektor Kremmener vertreten und außerdem nahm diesmal an den Verhandlungen auch der Vorsitzende der Lohnkommission des B. B. M. J., Direktor Max Hasse, teil. Die Arbeitnehmerseite hatte wiederum den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Urich, den Vorsitzenden des A. D. G. B. Brebow, und eine Reihe andere Gewerkschaftsvertreter als Verhandlungsführer entsandt.

In den Verhandlungen wurde nachmals von beiden Parteien der bereits bekannte und in den früheren Verhandlungen mehrmals zum Ausdruck gebrachte Standpunkt vertreten. Die Arbeitgeber verlangten eine 15prozentige Herabsetzung der Löhne und begründeten dies mit der Notwendigkeit, die Produktionskosten und damit die Preise zu senken, um vornehmlich auf dem Auslandsmarkte konkurrenzfähig bleiben zu können und die deutsche Außenhandelsbilanz aktiver zu gestalten. Sie verlangten eine sofortige Herabsetzung der Löhne, damit sich die auch im Programm der Reichsregierung als Kernstück enthaltene Preisabbauforderung so schnell wie möglich auswirken könne. Bezüglich des Standpunktes der Gewerkschaften, die 40-Stundenwoche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesetzlich einzuführen, erklärten sie, daß eine schematische Durchführung dieser Forderung unmöglich sei. Eine derartige Maßnahme würde auch die Personalkosten in den Betrieben vergrößern und damit die notwendige Senkung der Gestehungskosten wieder rückgängig machen.

Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes widersprachen demgegenüber der Forderung des Lohnabbaues und verlangten die Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens. Selbst die Reichsregierung wolle die Gehaltskürzung erst bei Bezügen von über 1500 Mark vornehmen, das Lohnniveau der Berliner Metallarbeiter befinde sich aber, wie an Hand von Beispielen dargelegt wurde, ganz erheblich unter dieser Summe. Weiter wurde betont, daß die Löhne nur einen geringen Anteil an den allgemeinen Produktionskosten hätten und eine Lohnsenkung gar nicht so für das Preisniveau ins Gewicht fallen würde. Grundsätzlich vertraten die Arbeitnehmer den Standpunkt, daß erst generell die Preise besonders für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel heruntergesetzt werden müßten, ehe man an einen Abbau der Löhne denken könne.

In den weiteren Verhandlungen vor dem Schiedsgericht betont der Vorsitzende, Reichsarbeitsminister a. D. Brauns, daß der Schiedsspruch spätestens innerhalb zwei Tagen, also am Sonnabend zustandegekommen sein müsse. Nach den allgemeinen Darlegungen der Parteien trat dann eine Mittagspause ein. Die Verhandlungen werden am Nachmittag fortgesetzt.

Deutschland verlangt Klarheit in Genf.

Wieder Frankreichs Reserven.

Grundsätzliche Fragen der „Landabrüstung".

TU **Genf**, 7. November.

Der Abrüstungsausschuß hat heute vormittag die artikelweise Lesung der noch offenstehenden Punkte des Abkommensentwurfes begonnen. An den Verhandlungen nahm auch der türkische Außenminister Tefik Rüschdi Bei teil, der in Begleitung des türkischen Außenministeriums in Genf eintraf. Der Beginn der Verhandlungen bestätigte sofort, daß der Ausschuß die bereits im französischen Sinne geregelten Hauptbestimmungen der Landabrüstung, vor allem die Frage der militärisch ausgebildeten Reserven, als endgültig geregelt ansieht.

Graf Bernstorff gab sogleich eine grundsätzliche Erklärung ab, nach der die deutsche Regierung den entsprechenden gesamten Artikel des Abkommens, der lediglich von einer Begrenzung der aktiven Truppenbestände sowie der militärisch organisierten Formationen spricht, ablehnt. Die deutsche Abordnung verzichte darauf, in Zukunft bei jedem einzelnen Punkte dagegen zu stimmen und erkläre hiermit ihre gesamte ablehnende Haltung zu dieser Art der Regelung der Landabrüstungsfragen.

Im weiteren Verlauf der Einzelberatung lenkte Graf Bernstorff erneut die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf einen noch von früher hervorliegenden deutschen Antrag, wonach das jährliche Truppenkontingent und die Gesamtdauer der Dienstzeit nicht die von jedem Staat angenommene Grenze überschreiten dürfe. Der Antrag verlangt weiter, daß die Dauer der aktiven Dienstzeit besonders angegeben werde. Graf Bernstorff betonte hierbei, daß der **Ausschuß jetzt noch einmal Gelegenheit erhalte, die ausgebildeten Reserven in den Konventionsentwurf aufzunehmen** und so zu beweisen, daß man zu einer wirklichen Abrüstung kommen wolle. Der Ausschuß beschloß, morgen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Es entspann sich sodann im Ausschuß eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Seemächten England, Amerika, Japan und auch Italien auf der einen Seite und den Landmächten unter Führung Frankreichs auf der anderen Seite über die Erfassung der Personalbestände. Der Abkommensentwurf sieht für die Landtruppen die Festsetzung einer Höchstzahl für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vor. Die englische Regierung beantragte nun, daß die Seemächte das Recht erhalten, lediglich eine Gesamtzahl ihres Flottenpersonals ohne Einzelunterscheidung anzugeben, während die Landmächte gezwungen werden sollen, ihre Personalbestände nach Dienstgraden festzusetzen. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow bekämpfte gleichfalls den englischen Antrag. Es wurde beschlossen, daß diejenigen Mächte, die an dem höchst bedeutsamen englischen Antrag interessiert seien, vertraulich hierüber verhandeln sollen.

* * *

Verstärkte Stimmungsmache.

Frankreich beglückt über Englands Wandlung.

TU **Paris**, 7. November.

Wie immer bei großen internationalen Konferenzen, auf denen Frankreich zur Aufgabe seiner Rüstungspolitik gebracht werden soll, beeilen sich die rechtsstehenden Blätter in ihren Berichten und Kommentaren, Lage und Aussichten so pessimistisch wie nur irgend möglich zu schildern, um von vornherein in der Oeffentlichkeit den Geisteszustand zu schaffen, der nötig ist, um im Falle eines Scheiterns der Konferenz die Verantwortlichkeit auf die eine oder andere fremde Macht abwälzen zu können. So war es bei der Londoner Flottenkonferenz und so ist es auch jetzt wieder bei der letzten vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Pertinax führt wie immer den Reigen der Schwarzseher an und zieht schon jetzt die Schwierigkeiten an den Haaren herbei, die entstehen würden, wenn sich die fünf Flottenmächte über das Flottenprogramm geeinigt hätten.

Deutschland dränge mit Gewalt auf die endgültige Abrüstungskonferenz, ohne sich darum zu kümmern, ob die vorbereitende Abrüstungskonferenz inzwischen gescheitert sei oder nicht. Im Gegenteil, auf deutscher Seite sehe man das Scheitern der Konferenz voraus und brenne darauf, hieraus die größtmöglichsten Vorteile zu ziehen, um die deutschen Streitkräfte auf die gleiche Höhe zu bringen wie die französischen.

„Petit Parisien" erklärt, daß keinerlei Ursache zu Pessimismus vorhanden sei. Sicherlich würden sowohl das Abkommen wie der Bericht bei den Russen auf heftigsten Widerstand stoßen, ebenso wie Graf Bernstorff einige Einwendungen machen dürfte, um die Möglichkeit zu haben, auf der endgültigen Abrüstungskonferenz die gesamte Frage noch einmal aufzurollen. Auch Italien werde einige Vorbehalte in der Frage der Flottenbaubeschränkungen machen. Von den 32 Staaten würden aber immerhin 25 bis 26 Staaten für das Abkommen und den Bericht stimmen. Dieser Bericht werde zwar noch keineswegs gültigen Zahlen enthalten, aber nichtsdestoweniger einen wesentlichen Fortschritt bedeuten.

Die Erklärung Lord Cecils vor Vertretern der internationalen Presse mit der

Versicherung, daß England die Frage der Einschränkung der ausgebildeten Reserven nicht wieder aufzurollen gedenke, hat in der französischen Presse natürlich lebhafte Befriedigung ausgelöst.

Man wundert sich um so mehr, als diese Erklärungen von dem Vertreter einer Arbeiterregierung abgegeben worden sind und betont, daß die englische Regierung in den beiden letzten Jahren doch wesentliche Wandlungen durchgemacht habe, die Frankreich nur gefallen könnten.

„Von der Abrüstung nur geschwätzt."

TU **London**, 7. November.

Im Zusammenhang mit den Abrüstungsverhandlungen in Genf fordert „Daily Herald" von der englischen Abordnung eine wesentlich energischere Haltung als bisher, da es andernfalls kaum möglich sei, jemals zu entscheidenden Ergebnissen zu kommen. Bisher habe man von der Abrüstung nur geschwätzt, ohne daß irgendwelche praktischen Ergebnisse erzielt worden seien. Die Abrüstungskonferenz müsse klar ergeben, welche Nationen tatsächlich für die Abrüstung seien und welche nicht. Unmittelbare Ergebnisse seien ganz ausgeschlossen, wenn die französische These, ohne Sicherheit keine Abrüstung, wiederum auf der Konferenz die Oberhand gewinne.

— **Erhöhung des schulpflichtigen Alters in England.** Das Unterhaus nahm gestern den Gesetzentwurf, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahre heraufsetzt, mit 294 gegen 227 Stimmen in zweiter Lesung an.

Innenpolitische Unmöglichkeiten.

Die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands kranken zur Zeit an Unmöglichkeiten, die auf die Dauer einfach nicht mehr ertragen werden können und früher oder später zu schwersten inneren Krisen führen müssen, ja in Wahrheit eigentlich schon längst zu einer latenten Staatskrisis geführt haben. Es stehen dabei nicht die durch die Weltwirtschaftskrisis und die verfehlte sozialistische Experimentalpolitik der letzten Zeit bis zum äußersten gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Versuche der Behebung der hier entstandenen Schwierigkeiten in Frage. Entscheidend sind vielmehr die Eintartungen der Parteipolitik, die sich in stets zunehmender Weise geradezu grotesk bemerkbar machen. Daß man bei uns aufgehört hat, Staatspolitik zu treiben, daß auch die, die zur Leitung des Staates, sei es im Reich, sei es in den Ländern, berufen sind, fast ausschließlich (von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen) Parteipolitik treiben, das ist das Verhängnis unserer Tage.

Als man auf das revolutionäre Diktat der Volksbeauftragten hin den Parlamentarismus restlos in Deutschland einführte, als man sowohl im Reich als auch in den Ländern die Existenz des Ministeriums von dem Vertrauen des Parlaments abhängig machte, da übersah man ein hinsichtlich des Bundesstaates überaus bedeutungsvolles Gefahrenmoment, daß nämlich infolge der in den verschiedenen Ländern verschiedenen Volkszusammensetzung verschiedene Parteikonstellationen zwischen Reich und Ländern und zwischen den einzelnen Ländern nicht nur entstehen konnten, sondern ganz zweifellos entstehen mußten. Man braucht nur an die beruflich so verschieden zusammengesetzte Bevölkerung von Bayern und Preußen zu denken, um zu begreifen, daß diese Verschiedenheiten zu ganz verschiedenen Wahlergebnissen in den einzelnen Wahlgebieten führen mußten. Dann aber waren zwischen den Ländern untereinander und dem Reich unter Umständen schwerste Gegensätze gegeben, deren Ueberwindung nicht dadurch erleichtert wurde, daß man sie den Parlamenten, die ja die Ministerien beherrschten, und damit den Parteien selbst übertrug. Mag vielleicht der Parlamentarismus im Einheitsstaat, da er hier eine einheitliche Willensbildung und Entscheidung ermöglicht, eine erträgliche Staatsform darstellen, im Bundesstaat weist er Fehlerquellen auf, die vom Standpunkt der Parteipolitik einfach nicht überwunden werden können, deren Ueberwindung vielmehr nur möglich ist, wenn der Parlamentarismus als solcher staatspolitisch erfaßt wird.

Das aber erfordert ein doppeltes: einmal muß das Ministerium von der Partei getrennt werden, wie ja denn auch staatsrechtlich die Abhängigkeit des Ministeriums nur dem Parlament, niemals aber der Partei gegenüber begründet ist. Die Politik des Ministeriums muß daher Staats-, nicht aber Parteipolitik sein, und dieser in der Praxis sicher nicht leicht durchzuführende Grundsatz führt ganz offenbar zu dem weiteren Satz, daß die Politik des Ministeriums die Gleichberechtigung der Parteien niemals in Frage stellen und seine Politik niemals